

Basiskonferenz „Soziale Lebenslagen im Bezirk“: Renate Spindler, die Leiterin des „Kieztreff“ Marzahn-Mitte, Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle und Jugendstadträtin Manuela Schmidt mit Informationen zur sozialen Situation. .... Seite 2

BVV-Vorsteherin ist sie und engagiert sich nicht nur für den und im Bezirk, sondern auch aktiv im Städtepartnerschaftsverein Marzahn-Hellersdorf, dessen Vorsitzende sie ist. Petra Wermke erteilt Selbstauskunft auf ..... Seite 5

Die Jugendseite - die achte in Folge - mit den Themen: Befreiung von Marzahn / H wie Hanf - sowie Tipps, wie man Kontakt zur Linksjugend bekommen kann. Interessierte, meldet Euch einfach! ..... Seite 7

## Ein „NEIN“ für die Stadt und mehr Demokratie

Eines steht fest: der 27. April 2008 wird in die Geschichte Berlins eingehen. Zum ersten Mal kommt es auf das Verlangen der Bürgerinnen und Bürger hin zu einem Volksentscheid. Für uns, die Partei DIE LINKE, ist das auch eine Bestätigung, dass die vor zwei Jahren durch uns vereinfachten Voraussetzungen für mehr direkte Demokratie in der Praxis tauglich sind und nicht wie zuvor nur als theoretische Möglichkeit auf dem Papier stehen.

Am 27. April wird es um die Frage gehen, ob es in Tempelhof weiterhin einen Verkehrsflughafen geben soll. DIE LINKE in Berlin lehnt dieses Ansinnen ab. Denn gegen den Weiterbetrieb eines Flughafens in Tempelhof sprechen viele Gründe. In erster Linie sind das die Umweltbelastung und Unfallgefahren, aber auch wirtschafts- und stadtentwicklungspolitische Gründe.

Deshalb hätten wir uns für den ersten Volksentscheid auch ein anderes Thema

vorstellen können. Eines, das sich mit den Interessen aller Menschen in der Stadt verbindet, statt einem, das die Erinnerung von Menschen für das Gewinninteresse



von wenigen privaten Airlines instrumentalisiert und das parteipolitische Kalkül der CDU gegen Rot-Rot in Berlin bedient.

Die Befürworter eines Flugbetriebs in Tempelhof um die ICAT, die CDU und den Springerkonzern versuchen den Eindruck zu erwecken, die Schließung des Flughafens sei Entscheidung gegen die Berlinerinnen und Berliner. Doch ein Flughafen in Tempelhof nutzt nur wenigen. Ein vom Flug-

betrieb befreites Gelände dagegen bietet allen Menschen neue Möglichkeiten – für Freizeit, Erholung, Sport und Kultur, Arbeit und Leben.

Der Volksentscheid gibt den Menschen in dieser Stadt die Chance, ihre wirkliche Meinung zum Ausdruck zu bringen. Dafür haben wir lange Zeit kämpfen müssen und darum sollten wir diese Möglichkeit jetzt auch nutzen! Und deshalb werben wir dafür, daran teilzunehmen und mit „NEIN“ zu stimmen. Als ein Zeichen für die Zukunft der Stadt und für eine lebendige Demokratie.

**Klaus Lederer**

Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE

### Was gibt's noch?

**Seite 2:**

Zur Person: Rolf Sukowski /  
Petra Pau: Bundestag aktuell

**Seite 3:**

Soziale Lebenslagen/  
Keine Angst mehr ? !

**Seite 4:**

**Gemeinsam gegen Rechts!** / Aus dem  
Bezirksvorstand

**Seite 5:**

Landes- und Kommunalpolitisches

**Seite 6:**

Siedlungsgebiete / Politische Bildung

**Seite 7:**

Jugendseite

**Seite 8:**

Tipps und Termine

## Zur Person: Rolf Sukowski

# Nicht jeder Unternehmer ist Kapitalist

Es gibt sie, die linken Unternehmer. Oft sind es Menschen, die nach der Wende den Sprung aus der Arbeitslosigkeit in die Selbstständigkeit wagten. Organisiert sind viele von ihnen im Offenen Wirtschaftsverband von klein- und mittelständischen Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen (OWUS), dem linken Unternehmerverband. Wir sprachen mit Dr. Rolf Sukowski, Gründungsmitglied und seit dem 30. November 2007 Vorstandsvorsitzender von OWUS Berlin-Brandenburg e.V. Nach einem sechsjährigen Direkt- und Forschungsstudium an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst promovierte er auf dem Gebiet der Volkswirtschaft. Nach einer Tätigkeit in den Elektro-Apparate-Werken Treptow wechselte Rolf Sukowski 1976 in die Staatliche Plankommission der DDR. Vierzehn Jahre lang war er auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen u.a. mit China und dem RGW tätig. Wenige Wochen nach dem 3. Oktober 1990 ging er den Schritt in die Selbstständigkeit und arbeitet seitdem als Unternehmensberater und Dozent in Ber-



Rolf Sukowski

Foto: privat

lin und Brandenburg mit den Schwerpunkten Existenzgründung und betriebswirtschaftliche Betreuung kleiner Unternehmen. Seine Tätigkeitsschwerpunkte sind Betriebliches Rechnungswesen, Steuerrecht und Volkswirt-

schaftslehre. Seine volks- und betriebswirtschaftlichen Kenntnisse und Erfahrungen sind eine ideale Voraussetzung für das Wirken in dem der LINKEN nahe stehenden Unternehmerverband. Gemäß dem Motto „Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung“ bemüht

sich der Verband darum, unter kapitalistischen Bedingungen eine andere Verantwortung durchzusetzen, auch in Bezug auf den Umgang mit den Mitarbeitern. Das ist es, was OWUS-Betriebe von anderen unterscheidet. Doch auch sie unterliegen geltenden Marktgesetzen. „Andere Unternehmerverbände lehnen den Mindestlohn ab“, so Rolf Sukowski. „Wir sind aus Prinzip dafür, aber es muss für die kleinen Unternehmen flankierende Anpassungsmaßnahmen geben!“ Die Hauptaufgaben von OWUS sieht Dr. Sukowski darin, die Mitgliedsbetriebe zu stärken und wirtschaftspolitische Fragen innerhalb und außerhalb der LINKEN zu artikulieren und auch Antworten mit zu geben. Unternehmer kann nicht immer mit Kapitalist gleichgesetzt werden. Einer regelmäßig geführten Statistik in Berlin-Brandenburg zufolge sind nach Rentnern die kleinen und mittelständischen Unternehmer die nächst größte Wähler-, Mitglieder- und Sympathisantengruppe der LINKEN. Das muss in der Linkspartei stärkere Beachtung als bisher finden. Dem dient auch die Vorbereitung der Gründung einer „AG Linker Unternehmer“ innerhalb der Partei. Verbindung zu Marzahn-Hellersdorf hat der Mahlsdorfer u.a. über das Linke Wirtschaftsforum, zu dessen Mitorganisatoren OWUS gehört, und dem Marzahn-Hellersdorfer Wirtschaftskreis.

Sabine Behrens

## Petra Pau (MdB):

# Dazwischen treibe ich mich herum

Das Jahr hat 52 Wochen. Dabei sind 20 „Sitzungswochen“ des Bundestages. Doch was treiben die Abgeordneten eigentlich in der sitzungsfreien Zeit? Das werde ich häufig gefragt. Ich kann das natürlich nur für mich beantworten, nicht für Abgeordnete anderer Parteien. Aber um im Jargon zu bleiben: Ich treibe mich herum – im Wahlkreis, in der Bundesrepublik, im Ausland.

Nein, „Herumtreiben“ trifft es bestimmt nicht. Ich will stets erfahren, was die Beschlüsse

**Jetzt Neuigkeitenbrief bestellen:**

[http://www.petrapau.de/cgi-data/newsletter/abo\\_form.html](http://www.petrapau.de/cgi-data/newsletter/abo_form.html)

des Bundestages im wahren Leben bewirken. Egal, ob ich ihnen zugestimmt habe oder dagegen war. Deshalb bin ich zwischen den Sitzungen unterwegs, selbstverständlich in Marzahn-Hellersdorf, aber auch bundesweit und darüber hinaus. Zum Beispiel in den letzten Wochen.

Ich war in Weißenfels. Dort gibt es noch Montags-Demos gegen „Hartz IV“. Es sind verzweifelte und zugleich aktive Leute. Ich sprach zu ihnen. Demnächst wird dort ein neuer Oberbürgermeister gewählt. Also eröffnete ich auch den Wahlkampf mit dem Kandidaten der LINKEN.

Ich war in Köln. Dort demonstrierten 2.000 Teilnehmer gegen Überwachung, für Freiheit. Seit Jahren plädiere ich für eine neue engagierte Bürgerrechtsbewegung. Ich war gebeten worden, auf der Abschlusskundgebung zu reden. Das tat ich gerne.

Ich war in Bremen. Dort wurde DIE LINKE voriges Jahr erstmals in ein westdeutsches Landesparlament gewählt. Das galt als Durchbruch, der inzwischen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg bekräftigt wurde. Je weiter ich übrigens gen Westen reise, umso größer ist die Verwunderung, wenn ich sage: „In der einzigen Ost-West-Stadt, nämlich Berlin, gibt es seit 18 Jahren ein 5-Parteien-System mit der LINKEN.“

Ich war in Haldensleben. Dort findet seit langem ein bundesweit beachteter Ostermarsch statt, weil ein großes Wald- und Heide-Areal für die Anrainer gesperrt ist, um Häuserkampf und Krieg zu üben, noch immer.

Und ich war in Israel. Als Vize-Präsidentin des Bundestages sprach ich auf einer internationalen Konferenz über und gegen den Antisemitismus. In Jerusalem besuchte ich auch Yad Vashem, eine einzigartige Gedenkstätte, die mir den Wahn des Holocaust noch bedrückender näher brachte.

## Zur Kasse bitte ...

### Abgeltungssteuer und Kapitalerträge

Zuerst die gute Nachricht: Der Sparerfreibetrag auf Kapitaleinkünfte (momentan 801,00 EUR p. a. pro Steuerbürger) bleibt für alle.

Nun die für Reiche sehr gute und für die „normalen“ Bürger schlechte:

Müssen Kapitalerträge bislang mit dem persönlichen(!) Steuersatz versteuert werden, so weicht diese Regelung ab 2009 einem einheitlichen Abgeltungssteuersatz von 25 %.

Diesen 25%-Satz zahlen dann – und zwar endgültig – auch Vielverdiener, für die bislang noch bis zu 42 % (ggf. plus Reichensteuer) fällig sind.

Nur Normalverdienende mit individuellem Steuersatz unter 25 % können sich weiterhin – so sie es nicht vergessen – den zu viel gezahlten Abgeltungssteuerabzug vom Finanzamt zurückholen.

### Nichts ist umsonst

#### ... oder

Wie viele „arme“ Sparer werden mehr als 801 EUR Zinsen p. a. erhalten, um in den Genuss der abgesenkten Besteuerung nicht ihrer Arbeitseinkünfte, sondern ihrer „Mehrzinsen“ zu kommen?

R. Rüdiger

## Soziale Stadt – soziale Lebenslagen

Der Bezirksvorstand der LINKEN hatte für den 7. März zu einer Basiskonferenz zum Thema „Soziale Lebenslagen im Bezirk“ eingeladen. Renate Spindler, die Leiterin des „Kieztreff“ Marzahn-Mitte, Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle und Jugendstadträtin Manuela Schmidt gaben aus ihrer jeweiligen Sicht Informationen zur sozialen Situation in Marzahn-Hellersdorf. Wenn auch in unserem Bezirk die Zahl der Arbeitslosen etwas zurückgegangen ist – rund 20.000 Arbeitslose und Arbeitssuchende sind nach wie vor ein sehr ernsthaftes soziales Problem, zumal die Hälfte davon länger als ein Jahr, fast ein Drittel sogar länger als zwei Jahre ohne Arbeit ist. Fast 50.000 Einwohner unseres Bezirkes leben von Transferleistungen nach dem SGB II, 12.500 Kinder leben in Bedarfsgemeinschaften. Und das ist keineswegs nur ein finanzielles Problem. Auch dort, wo immerhin wichtige Lebensgrundlagen wie Nahrung, Kleidung und Wohnung einigermaßen abgesichert sind, bleibt der weitgehende Ausschluss von Kultur und Bildung (auch Weiterbildung), der sich wesentlich auf die soziale Lage auswirkt. Da ist und bleibt die Initiative vom damaligen Kultursenator Thomas Flierl aus unserer Bezirksorganisation bedeutsam, die es diesem Personenkreis ermöglicht, zahlreiche Theatervorstellungen und Kulturveranstaltungen für nur 3 Euro zu besuchen. Davon wird auch Gebrauch ge-

macht, aber es könnten noch mehr sein, die diese Möglichkeit nutzen.

Natürlich kann eine solche Konferenz diese gesamtgesellschaftlichen Probleme nicht lösen. Immerhin gibt es Ansätze, um die Situation wenigstens punktuell zu verbessern. Dagmar Pohle verwies auf die Konzeption eines öffentlichen Beschäftigungssektors, allerdings hat hier die Bundesregierung durch eine sehr restriktive Gesetzgebung die Möglichkeiten sehr erschwert – die Auswahlkriterien machen es außerordentlich schwierig, einen existenzsichernden Lohn zu gewährleisten. Manuela Schmidt verwies auf andere Initiativen der LINKEN, die die soziale Situation verbessern, auch wenn ein Bezirk natürlich nicht die durch die Bundesgesetzgebung hervorgerufenen Probleme einfach beseitigen kann. So können seit zwei Jahren Kinder das „Zukunftsdiplom“ erwerben, indem sie sich an Veranstaltungen beteiligen, die sich in unterschiedlichster Weise mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung beschäftigen. Und das „Bündnis für Kinder“ organisiert den Feriensommer für die Kinder des Bezirkes – ohne zusätzliche staatliche Finanzmittel. Natürlich löst das nicht das Problem der Kinderarmut in unserem Bezirk, aber für die soziale Situation der Kinder und Jugendlichen (und sicher auch ihrer Eltern) sind das durchaus bemerkenswerte Beiträge.

**Bernd Preußer**

## Keine Angst mehr ? !

Mein Genosse Wolfgang, Rentner wie ich, ist ein leidenschaftlicher Statistiker. Ende vorigen Jahres wollte er mir wohl ein wenig Angst machen. Er hat mir aufgeschrieben, um wie viel teurer so manches seit Ende 2005 geworden ist – Kosten für mein Pferd, meinen Ferrari und meinen Swimmingpool hat er dabei nicht einmal berücksichtigt! –, sondern nur einige Lebensmittel des täglichen Bedarfs für einen 2-Personen-Haushalt.

Zum Beispiel:	Euro pro Woche
Brot	4,33
Butter	3,47
Wurst/Fleisch	5,20
Milch	9,10
Kartoffeln	2,17
Obst/Gemüse	5,20
Käse	3,47
Mineralw./Säfte	3,47

36,41 Euro jeden Monat allein für das, und ich habe ja noch einige andere Ausgaben (Miete, Strom, Wasser, Wärme, Kino undsoweiterundsoweiter).

„Und wer weiß“, schürte Wolfgang meine Sorge noch, „ob wir überhaupt 2008 wieder eine riesige Rentenerhöhung von 0,54 % kriegen.“ Da hat der Wolfgang aber unsere supersoziale Große Koalition ganz schön unterschätzt. Nicht nur um volle 1 Prozent, wie schon im Gespräche, sondern weit darüber: um stolze 1,1 % nämlich wird unsere Rente steigen! Und weil's sich mit Prozenten – nicht nur jenen in der Flasche – so schön spielen lässt: um sensationelle 100 Prozent Steigerung gegenüber der Rentenerhöhung von 2007!

Übrigens: Arbeitsminister Scholz verkündete so ganz nebenbei auch, dass die jetzt ausgesetzte Kürzung der Renten „nachgeholt“ wird. Da ist die Wahl 2009 sicher vorbei.

Und über die sichere Erhöhung der Pflegegeldbeiträge und die wahrscheinliche Erhöhung der Beiträge zur Krankenkasse ab 2008 wollen wir hier mal nicht reden.

**H.W.Reischu**

## Am 27.4.2008 „NEIN“ zum Flugbetrieb in Tempelhof!



## Was kann oder sollte man gegen den Flughafen Tempelhof haben ?

Der Weiterbetrieb des Flughafens Tempelhof ist das zentrale politische Projekt „kalter Krieger“, vornehmlich aus dem Westteil Berlins, die sonst nichts Substantielles zur Entwicklung der Stadt vorbringen. Zumal CDU und FDP diejenigen waren, die einst gegen Widerstände von Betroffenen am lautesten für einen neuen „Großflughafen“ plädiert hatten.

Für wen oder was wäre ein innerstädtischer Flughafen geeignet? Für jeden, doch zu welchem Preis? Kerosin, das Flugbenzin, wird immer noch nicht besteuert. Infolge dieser Millionensubventionen kann man mit Billigjets kurz mal von der Stadt aus nach Hamburg, Frankfurt (Main), Nord- oder Ostsee fliegen. Für einige „ganz cool“, aber schlecht fürs Klima, für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß solcher Flüge kann man ein ganzes Jahr die Wohnung heizen. Aber es gibt noch weitere Risiken des Massenflugbetriebes in der Stadt. Mehr als einmal gab es Abstürze oder Beinaheabstürze von Maschinen über Großstädten. Beim zunehmenden Billigflugverkehr, parallel zu mit Steuermitteln hervorragend ausgebauten Bahnverbindungen, wäre eine größere Katastrophe bei Start oder Landung in Tempelhof nur eine Frage der Zeit und ist statistisch gesehen über Berlin übrigens längst überfällig. Das größere Risiko hierfür besteht heute schon bezüglich kleiner, nicht selten von halben Laien gesteuerter Privatmaschinen, der Hauptzielgruppe eines innerstädtischen Flughafenstandortes. Spätestens hier stellt sich für die Frage: Warum sollte man die gesamte

Stadt Risiken aussetzen, um es Millionären, Milliardären und „Promis“ zu ermöglichen, schnell mal nach Mallorca oder Monaco zu düsen?

Was soll aus dem Flughafengelände werden? An die Geschichte kann man dort auch ohne Flugbetrieb erinnern. Ansonsten wäre das Gelände die größte innerstädtische Brache. Angesichts von Landschaftsverbrauch und -schädigung rund um Berlin sollte die Stadt den Mut haben, diese Fläche weitgehend der Natur zu überlassen, verbunden mit sensibler Erholungsnutzung. Doch das wäre Thema für ein weitaus interessanteres Volksbegehren. Zunächst muss es erst einmal heißen: Am 27. April gehen wir ins Wahllokal und stimmen mit „Nein“.

Frank Beiersdorff

### Bei anderen gelesen:

**Zitat der Woche unter**  
<http://zitate.net/>

*Das Denken ist zwar allen  
Menschen erlaubt, aber  
vielen bleibt es erspart.*

**Curt Goetz**

17.11.1888 - 12.09.1960  
deutscher Schriftsteller  
und Schauspieler

## Aus dem Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand beschloss den Finanzplan für das Jahr 2008. Die Mitgliedsbeiträge sind die entscheidende finanzielle Grundlage für das Handeln der Partei. Deshalb ist die Zuverlässigkeit der Mitglieder in den Beitragszahlungen besonders zu würdigen und jenen Mitgliedern zu danken, die Monat für Monat die Kassierung durchführen und in der Geschäftsstelle abrechnen. Ein wesentlicher Einnahmeposten sind auch die Beiträge, die von fast allen in Volksvertretungen und in staatliche Ämter gewählten Mandatsträgern geleistet werden. Teile unserer Einnahmen dienen der Finanzierung der Partei auf der Landesebene. Bei der Planung der Ausgaben richtet der Vorstand sein Augenmerk darauf, dass die finanziellen Mittel vor allem für die Wirkung der Partei nach außen, das heißt für die Öffentlichkeitsarbeit, für Projekte und Arbeitsgruppen und für Informationsmaterial eingesetzt werden. Der Vorstand sichert die Finanzdisziplin.

Zu der am 7. März stattgefundenen Basiskonferenz zum Thema Soziale Stadt fand im Vorstand eine engagierte und kritische Diskussion statt. Die der Konferenz vorausgegangene Anhörung von mehr als 50 Vertreterinnen von freien Trä-

gern, Kirchen und sozialen Projekten und die Konferenz selbst wurden mit Blick auf das soziale Engagement der LINKEN im Bezirk als positiv gewertet.

Kritisch wurde der ungenügende Bezug auf die erst vor 2 Monaten gefassten Beschlüsse der Hauptversammlung vermerkt. Der Vorstand verweist in diesem Zusammenhang auf die Arbeitsgruppen, die sich bis Ende März konstituieren sollen und deren wesentliche Grundlage die im Ergebnis der Mitgliederbefragung beschlossenen Aufgaben sind.

Es steht weiterhin die auf der Hauptversammlung zugesagte Basiskonferenz zum Thema Kinderarmut aus. Vorgesehene Termine wurden vom Vorstand nach Abwägung der Kräfte bereits mehrmals verschoben. Manuela Schmidt wird dem Vorstand im April einen Vorschlag vorlegen.

Der Bezirksvorstand wird sich kurzfristig mit dem Thema Gemeinschaftsschule beschäftigen. Es geht hier um einen der Schwerpunkte, mit denen die Linke in Berlin Zeichen setzen will mit Blick auf das antiquierte bundesdeutsche Bildungssystem. Der Beitrag, den wir in Mar-

## Infosplitter

### Straßenkataster

#### Konzept ja – Umsetzung?

Das Bezirksamt hat, dem Antrag der LINKEN folgend, ein Konzept zur schrittweisen Erstellung eines Straßenkatasters vorgelegt. Zur Erstellung eines Katasters müssen folgende Aufgaben erledigt werden: Ausmessen von rund 540 km Straßenland, Klassifizierung des Oberflächenbelages, Abfrage der Leitungsverwaltungen (Wasser, Gas), Anfertigung einer Bilddokumentation, regelmäßige Datenpflege. 9 Arbeitskräfte für 2 Jahre würden benötigt. Die Personal- sowie Sach- und Investitionskosten beziffert das Bezirksamt auf 817420 Euro. Das Bezirksamt verweist darauf, dass das Konzept zurzeit nicht umgesetzt werden kann, da die benötigten finanziellen Mittel nicht im Bezirkshaushalt eingestellt sind.

### Bezirksjubiläum

2009 feiert der Bezirk sein 30-jähriges Jubiläum, um das Ereignis angemessen vorzubereiten, hat das Bezirksamt ein Vorbereitungskomitee gebildet. Vorsitzende ist Bürgermeisterin Dagmar Pohle, Mitglieder sind die Stadträte Dr. Manuela Schmidt, Norbert Lüdtker, Stefan Komoß, Christian Gräff. Für eine Mitarbeit im Komitee werden angefragt: Grün Berlin Park und Garten GmbH, Heimatverein Marzahn-Hellersdorf, Marzahn-Hellersdorfer Wirtschaftskreis sowie die Leiter von drei ABM-Projekten zur Geschichte des Bezirkes: ABU-GmbH „Vorbereitung des 30. Gründungstages des Stadtbezirks“, Ball e.V. „Marzahn – mehr als man denkt“ und G.U.T. „Die Entwicklung vom Feld zur grünen umweltbewussten Großstadtsiedlung“.

zahn-Hellersdorf bisher geleistet haben, muss bilanziert werden, Aufgaben und Forderungen unserer Partei sollten formuliert werden.

Für den ZUG DER ERINNERUNG haben wir in unserer Partei 170 Unterschriften gesammelt. Danke allen Aktiven. Die Listen haben wir dem Deutschen Bundestag übergeben.

Auf Initiative von Sandra Beyer hat sich der Bezirksvorstand zu den Auffassungen von Christa Müller von DIE LINKE (Saar) bezüglich des Vergleichs zwischen körperlichen und seelischen Verletzungen von Mädchen bei der Genitalverstümmelung und bei der Kinderbetreuung außerhalb der Familie positioniert. Christa Müller erzeugt damit eine Reihe von Fragen, die uns als LINKE zutiefst betreffen, zuvorderst die soziale Einordnung des Problems, dazu gehören aber auch unsere Lebensbiographien als „DDR-Geborene“, die Missachtung der Leistungen von Erzieherinnen und Erziehern in Kindergärten, als Väter und Mütter. Statt einer langen Polemik haben wir Christa Müller zu uns eingeladen, ihr angeboten unsere großen Erfahrungen hautnah anzuschauen.

Wilfried Maier

# Was mich umtreibt ...

Jede Menge Empfänge und immer nur lächeln, so kann man meine Arbeit als Vorsteherin bezeichnen, oder? Leider nicht:

Mit sechs Fraktionen ist die BVV ziemlich unharmonisch. Die Anwesenheit der NPD hemmt die politische Zusammenarbeit. In einigen Fraktionen gibt es Ärger, einige Ausschüsse arbeiten nicht ausreichend organisiert. Und von der Vorsteherin wird erwartet, dass sie mit den Fraktionsmitgliedern redet und sie zur „Vernunft“ bringt, dass sie mit den

Fraktionsvorsitzenden und Ausschussvorsitzenden dies und jenes klärt. Dennoch gibt es viele positive Momente: Wenn alle demokratischen Parteien einen Antrag der NPD einhellig ablehnen, wenn wir eine gute Entscheidung treffen konnten. Die Einwohnerversammlungen für die Stadtteile Kaulsdorf, Marzahn-Süd und Biesdorf die ich in jüngster Zeit moderiert habe, sind wichtig, weil sie mich zu den Interessen, den Sorgen der BürgerInnen bringen. Sie sind eine gute Tradition unseres Bezirkes, in dem wir als DIE LINKE ein gewichtiges Wort mitreden. Für mich ist die Moderation eine anspruchsvolle Aufgabe, bei der immer neu das praktische Mühen um Demokratie bewältigt werden will, allerdings ohne die parlamentarischen Regularien, wie sie der BVV verfügbar sind. Das ist auch mit anstrengenden Momenten verbunden, weil es manchmal schwer ist, die persönlichen Interessen einer Fragestellerin/eines Fragestellers mit den Erwartungen Aller in Einklang zu bringen. Interessanterweise habe ich registriert, dass in Siedlungsgebieten Bürger die Versammlung verlassen, sobald ihr Interesse für ihre konkrete Frage erloschen ist. Das ist in den Großsiedlungsgebieten kaum vorgekommen.

Die Versammlungen empfinde ich in mehr als einer Hinsicht als wertvollen Brückenschlag: eine Verbindung zwischen dem vor nunmehr 1 ½ Jahren gewählten Bezirksamt und den Bürgern, und das anhand ganz konkreter Fra-

gen und Projekte, zu denen Bürgermeisterin und Stadträte Rede und Antwort stehen und dies mit großem Engagement. Sie boten den

Basisgruppen unserer Partei die Chance, Probleme ihres Wohngebietes zur Sprache zu bringen und vielleicht auch schon im Vorfeld gegenüber dem Bezirksamt aktiv zu werden. Wir sollten sie noch besser nutzen!

Noch eine aktuelle Information zu unseren Städtepartnerschaften. Ihr erinnert Euch?



Zeichnung: Motzkau



- Tychy in Polen, Halton in Großbritannien, zwei Bezirke in Minsk in Belarus, zwei Bezirke in Budapest, Ungarn, Lauingen in Bayern. Der Städtepartnerschaftsverein (siehe [www.mh-spv.de](http://www.mh-spv.de)), organisiert viele Treffen, bereitet in Kooperation mit dem Bezirksamt das nächste Blütenfest gemeinsam mit den Bezirken aus Minsk vor. Und ganz nebenbei wurde der Vorstand neu gewählt. Nicht gänzlich unerwartet bin ich die alte neue Vorsitzende.

Petra Wermke

## „Freiheits- und Einheits-Denkmal“ in der Mitte Berlins

Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Thomas Flierl (Linksfraktion)

Ich frage den Senat:

1. Welche Standorte für das geplante Freiheits- und Einheitsdenkmal hat der Senat gemeinsam mit der Bundesregierung gemäß Bundestagsbeschluss in welchem Zeitraum geprüft, wer war an dieser Prüfung beteiligt, welche Argumente sprachen jeweils für bzw. gegen die einzelnen Standorte? (Bitte ausführlichen darstellen.)

2. Welche inhaltliche Positionierung des Senats führte zum Vorentwurf der Vorlage des Kulturstaaatsministers an den Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages, in dem es hieß, dass das Land Berlin „anstelle des Sockels [des Nationaldenkmals Kaiser Wilhelm I.] einen anderen Standort am Schloss gegenüber dem Lustgarten favorisierte“?

3. Warum hat der Regierende Bürgermeister ohne Beteiligung des Senats und des Abgeordnetenhauses von Berlin - also in quasi absolutistischer Manier - für das Land Berlin die noch bis zum 11. März 2008 vertretene Position der beteiligten Senatsverwaltungen aufgegeben, die darin bestand, das geplante Freiheits- und Einheits-Denkmal besser nördlich des Humboldt-Forums zu errichten?

4. Warum schlägt der Regierende Bürgermeister auf diese Weise das mit diesem Ort verbundene demokratisch-revolutionäre Erbe der Ehrbezeugung des preußischen Königs vor den Toten der Märzrevolution, die Erinnerung an die Novemberrevolution und den Widerstand gegen das NS-Regime sowie die Demokratiebewegung in der DDR aus und bevorzugt stattdessen den Ort der wilhelminischen, obrigkeitsstaatlichen Inszenierung des Deutschen Kaiserreiches?

5. Wie kommentiert der Regierende Bürgermeister in diesem Zusammenhang die Bemerkung von Prof. Dr. Salomon Korn: „Ein Freiheits- und Einheitsdenkmal auf dem Sockel des Kaiser-Wilhelm-Denkmalts zeugt von einem merkwürdigen Freiheitsverständnis. Freiheit gedieh in Deutschland vor allem unter föderalistischer Tradition. Unter zentralistischer Tradition erfuhr die deutsche Geschichte ihre beispiellosen Tiefpunkte. Schon von daher ist der vorgesehene Standort ungeeignet.“ (Brief vom 11. März 2008 an Dr. Lukrezia Jochimsen, MdB)?

6. Auf welche Weise gedenkt der Regierende Bürgermeister das Abgeordnetenhaus von Berlin mit der Angelegenheit zu befassen? Berlin, den 13. März 2008

## Politische Bildung:

# Die DDR im Spannungsbogen von Spiegelmanifest und „Erstem Deutschen im All“. Resümee einer Konferenz

Seit 1989/90 fragen wir uns, musste die DDR untergehen oder gab es Momente oder Zäsuren, an denen Paradigmenwechsel auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen zu einem ökonomisch effizienten demokratischen Sozialismus hätte führen können.

Historiker und Ökonomen, die die DDR nicht allein von ihrem Ende aus betrachten, sehen solche möglichen Wendepunkte: die Mitte der 50er, die 60er Jahre mit dem Beginn des NÖS und eben das Ende der 70er Jahre als letzte Möglichkeit für einen wirksamen Paradigmenwechsel.

Diesem Zeitraum war eine 2-tägiges Kolloquium im Februar gewidmet, in Potsdam veranstaltet, wissenschaftlich geleitet von Prof. Dr. Siegfried Prokop, der über Problemstellung und Ergebnisse am 11. März im KulturGut Marzahn berichtete und zur Diskussion stellte. Ein Protokollband der Konferenz erscheint noch in diesem Jahr.

Die Problemlage am Ende der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts umriss der Referent wie folgt:

Es herrschte eine beide Systeme betreffende Strukturkrise, ausgelöst von einer Rohstoff- insbes. Ölkrise. Sie berührte vor allem die USA, die einen neuen atomaren Rüstungswettlauf und damit einen 2. Kalten Krieg auslöste. Die SU fühlte sich durch ihre reichen Gas- und Ölvorräte zunächst im Aufwind. Diese ihre Stellung in der neuen Phase der Globalisierung ließ sie die DDR mit einer

deutlichen Veränderung ihrer Preispolitik (beileibe nicht nur für Öl!) spüren. Zu den Auswirkungen auf die DDR einige Fakten: Ab 1979 musste der Staatshaushalt 140 Mrd. M für Energieträger aufbringen, was u.a. zur Folge hatte, dass die DDR von der Substanz lebte. Schon ab 1971 war die Akkumulationsrate kontinuierlich gesunken (1970: 29 %, 1978: 26,3 % bis 1984 auf 16,6 %), demgegenüber stiegen die Schulden (in Valutamark) von 18 Mrd. 1978 auf 25 Mrd. 1982. Die von der Staatlichen Plankommission (SPK) empfohlene Exportsteigerung konnte nicht im gewünschten Umfang realisiert werden, da die asiatischen Schwellenländer unter ungünstigeren Bedingungen mit dem gleichen Warenprofil wie die DDR massiv auf den Weltmarkt drängten. Ökonomen, Wissenschaftler und die SPK forderten dringend tiefgreifende Veränderungen, die das Politbüro vehement ablehnte (Honecker empfand jeden Einschnitt als persönlichen Angriff). Andererseits war in der Parteiführung durchaus das Bewusstsein vorhanden, vor neuen Herausforderungen zu stehen. Es wurde ein neues Parteiprogramm erarbeitet, zu dem die letzte große Volksversammlung stattfand. Aber in ihm blieb das Tor zu neuen sozialismustheoretischen Erkenntnissen und zu den anstehenden ökonomischen Problemen verschlossen. Nicht so in China. Hier wurde ab Dezember 1978 ein tiefgreifender Paradigmenwechsel in Angriff genommen. Deng Xiao Ping erklärte Plan- und Marktwirtschaft für vereinbar, beide seien

Wirtschaftsmethoden, aber keine Merkmale einer bestimmten Gesellschaftsordnung; er prognostizierte für China eine etwa 100-jährige Übergangsperiode zum Sozialismus. Später bedauerte Honecker, nicht einen ähnlichen Weg gegangen zu sein. Im Vollbesitz seiner Macht sah er jedoch keine Veranlassung für größere Veränderungen.

Die strikte Ablehnung eines wohlbegründeten Wechsels der ökonomischen Politik veranlasste den Ökonomen Hermann von Berg, mit einem Reform- „Manifest“ über den „Spiegel“ an die Öffentlichkeit zu gehen. Er erweckte den Eindruck, im Namen eines Bundes demokratischer Kommunisten zu sprechen. Den gab es aber nicht, leider muss man sagen.

Interessant ist, dass auf dem Gebiet von Kunst und Literatur durchaus Veränderungen in der 2. Hälfte der 70er Jahre stattfanden: Konflikte wurden wesentlich radikaler dargestellt, in der bildenden Kunst fand das Ringen um Sozialismus in der Mythosrezeption seinen Ausdruck, beginnend mit Mattheuers Sisyphos (1971). Höhepunkt und beginnender Abschluss war die Ausbürgerung Biermanns 1976.

Wie immer folgte dem Referat eine lebhaft Diskussions, die Prof. Prokop abschloss mit dem Fazit, dass die DDR nicht zwangsläufig untergehen musste.

### Dr. Ingrid Matschenz

*Am Dienstag, dem 8. April, 19 Uhr, spricht im KulturGut Sigrid Bock über Anna Seghers.*

## Aus den Siedlungsgebieten

# Das Schulnetz muss regionale Entwicklungen berücksichtigen!

In den Leitlinien zur Schulnetzplanung wird von der Abteilung Bildung des Bezirksamtes ein erhebliches Interesse an einem leistungsstarken Netz von Schulen mit einem passenden Angebot für jede Schülerin formuliert. Schulen sollen in diesem Zusammenhang auch die bezirkliche Entwicklung befördern und sich als wichtige Akteure der regionalen Entwicklung verstehen. Die Abteilung spricht sich dafür aus, dass die Bestimmung der Anzahl notwendiger Schulen unter dem Gebot der Wirtschaftlichkeit und des optimalen Einsatzes vorhandener Mittel vorzunehmen ist. In Konsequenz des dramatischen demographischen Wandels des Bezirkes müssen das Schulnetz komplett umgebaut und die Schulen erheblich reduziert werden. Dabei sind jedoch aus Sicht der Fraktion der Linken in der BVV die Entwicklungen in den Großsiedlungen Marzahn und Hellersdorf sowie

der Siedlungsgebiete Mahlsdorf, Kaulsdorf, Friedrichsfelde Ost und Biesdorf differenziert zu betrachten. Schon jetzt weichen zahlreiche Schüler im Oberschulbereich nach Treptow- Köpenick aus, weil in Wohnortnähe keine ausreichenden Kapazitäten vorhanden sind. Der Schulweg zu den Grundschulstandorten ist für viele Grundschüler in den Siedlungsgebieten äußerst langwierig. Die demographische Entwicklung in den Siedlungsgebieten weist zudem einen Bevölkerungszu-

wachs aus. Durch die weitere Errichtung von Eigenheimen und Wohnsiedlungen, wie z.B. in Biesdorf -Süd sind hier weitere Zuwächse zu erwarten. Gegenwärtig sind im Bezirk zwei Privatschulen aktiv. Diese Schulform kann aus Sicht der Linken in keiner Weise die Notwendigkeit von staatlichen Schulen ersetzen. Wir treten dafür ein, dass alle Kinder unabhängig von der Finanzlage ihrer Elternhäuser auch in den Siedlungsgebieten angemessen gebildet werden. Wir erwarten vom zuständigen Stadtrat Herrn Komoß, dass die Entscheidungen zur Entwicklung des Schulnetzes in den Siedlungsgebieten so getroffen werden, dass die regionalen Besonderheiten schlüssig berücksichtigt werden.

### Mehr LINKE im Internet:

[die-linke.de](http://die-linke.de)  
[die-linke-berlin.de](http://die-linke-berlin.de)  
[dielinke-marzahn-hellersdorf.de](http://dielinke-marzahn-hellersdorf.de)  
[petrapau.de](http://petrapau.de)

### Klaus-Jürgen Dahler

Fraktionsvorsitzender der LINKEN  
in der BVV

# Merci, СПАСИБО, Thank You!

In der Nacht vom 21. auf den 22. April 1945 erreichten die Truppen der 5. Stoßarmee unter dem Befehl von Nikolai E. Bersarin die Stadtgrenze der damaligen Reichshauptstadt Berlin. Über die Landsberger Allee trafen sie zunächst in Marzahn, dann in Hellersdorf, Mahlsdorf, Kaulsdorf und Biesdorf ein.

Als Zeugnis dieses Ereignisses befindet sich in der Landsberger Allee 563 das erste befreite Haus Berlins. Es steht nicht nur für die Befreiung eines einzelnen Stadtbezirkes, welcher damals noch zu Lichtenberg gehörte, es steht ebenso für den Anfang vom vernichtenden Ende des letzten sinnlosen Aufgebots der Nazidiktatur.

Den meisten Menschen, die in diesem Bezirk leben, wird nur wenig bekannt sein über die Geschichte in diesem Teil Berlins zu Zeiten der NS-Diktatur. Wir gedenken der unzähligen Opfer des Nationalsozialismus an einem Tag wie jenem der Befreiung Marzahns. Wir danken den Menschen, welche in der Zeit dieser Schreckensherrschaft im Widerstand kämpften, wir danken den BefreierInnen, welche das Ende des Hitlerfaschismus herbeiführten.



Untrennbar verbunden mit der Befreiung steht hierbei der 8. Mai 1945. Der Tag der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands ist Sinnbild für das Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Doch ist es 63 Jahre nach diesem Ereignis in Deutschland scheinbar wieder möglich, offen menschenverachtende Parolen und Propaganda in die Öffentlichkeit zu tragen. Dem müssen DemokratInnen ebenso öffentlich Protest und Aufklärung entgegensetzen.

Die Linksjugend Marzahn-Hellersdorf sagt anlässlich des 63. Jahrestages der Befreiung: MERCI, СПАСИБО, THANK YOU!

**Bjoern Tielebein**

## AntifaschistInnen entfernen Nazipropaganda

In den vergangenen Wochen häuften sich Aktivitäten von Neonazis in Marzahn-Hellersdorf. So wurden in der Nacht zum 7. März 2008 erneut Nazi-Aufkleber an die Geschäftsstelle der Volkssolidarität in der Marzahner Promenade geklebt. Diese tauchten auch im gesamten Umfeld bis zum Einkaufszentrum Eastgate auf.

Eine regelrechte Propagandatour unternahm eine Gruppe von Neonazis in der Nacht zum 9. März 2008. Im gesamten Bezirk wurden Plakate mit dem Aufruf „Antifagruppen zerschlagen“ und so genannte Horst-Wessel-Gedenkplakate, welche den Nationalsozialisten zum Märtyrer verklären, verklebt. Des Weiteren tauchten an zahlreichen Bahnhöfen, Straßenlaternen sowie Strom- und Briefkästen Aufkleber u.a. mit den Aufschriften „Nationale Sozialisten Bundesweite Aktion“, „Antifa Banden zerschlagen“ und „Dresden 1945 - Allierter Bombenterror und Völkermord“ auf.

Auch das Dorf Alt-Marzahn wurde Ziel der rechtsextremen Propaganda. Neben zahlreichen Aufklebern der JN tauchten ebenso

Plakate einer bisher unbekanntem Nazi-Gruppierung mit dem Namen „aktionNSgruppe marzahn/hellersdorf [sic]“ auf. Diese fordert auf dem Plakat, die Durchsetzung eines „nationalen sozialismus [sic]“ und die Unterstützung bzw. Gründung örtlicher Aktionsgruppen (syn.: Kameradschaftsstrukturen).

Daniel Neumann, Pressesprecher des Antifaschistischen Bündnis Marzahn-Hellersdorf, sagt dazu, dass gerade der zunehmende Aktionismus sowie die offensichtliche Vernetzung von Nazis in Marzahn-Hellersdorf durch die Gründung einer kameradschaftsähnlichen Struktur deutlich zeigt, dass die Gefahr des Rechtsextremismus eine Konstante in diesem Bezirk ist.

Um ein Zeichen gegen die menschenverachtende Ideologie des NS zu setzen und den jüngsten Aktivitäten der Neonazis zu begegnen, haben AntifaschistInnen aus Marzahn-Hellersdorf die Nazipropaganda im Dorf Alt-Marzahn entfernt.

**Antifaschistisches Bündnis Marzahn-Hellersdorf**

## H wie Hanf

Hanf ist eine der ältesten Nutzpflanzen der Welt. In China wurde sie schon vor mindestens 10 000 Jahren genutzt, u.a. als Heilmittel gegen Malaria und Rheuma. Die Samen der Hanfpflanze, welche keine berauschende Wirkung haben, dienen seit mindestens 2000 Jahren als Nahrungsmittel. In Europa sind die ältesten Funde von Hanf ca. 5 500 Jahre alt und stammen aus dem Raum Eisenberg in Deutschland. Um 800 erließ Karl der Große das erste Hanf-Gesetz, welches seine Untertanen zum Anbau des bedeutsamen Rohstoffes verpflichtete.

Im Laufe der Jahrhunderte entstanden zahlreiche wichtige Anwendungsmöglichkeiten für Hanf. So wurden die heute noch gut lesbare Gutenberg-Bibel und die amerikanische Unabhängigkeitserklärung auf Hanfpapier verfasst. Die Wurzeln der Pflanze können bis zu 140 cm in den Boden eindringen, weshalb sie oft zur Lockerung verhärteter Anbauböden verwendet wurde. In der Schifffahrt waren Seile und Segeltücher aus Hanf von Bedeutung, da z.B. Tücher aus Baumwolle sehr viel mehr Wasser aufnahmen und somit wesentlich schwerer wurden. Die Hanffaser wurde auch als Kleidung verwendet. Sowohl aus der Antike als auch dem Mittelalter belegen dies zahlreiche Schriften und Funde.

Nicht zuletzt der heutige Chemiegigant DuPont war es, der durch seine Erfindung der Kunstfaser Nylon und unterstützt durch die Anti-Cannabis-Kampagne Hanf aus der Bekleidungsherstellung verdrängte. In Mitteleuropa wurde Hanf nach dem 2. Weltkrieg illegalisiert und der Anbau in Deutschland 1964 endgültig verboten.

Hanf ist äußerst schädlingsresistent, pflegeleicht und vielseitig. Es können über 40 000 Produkte des täglichen Lebens daraus hergestellt werden: Medikamente, Kosmetika, Nahrungsmittel, Textilien und Baustoffe. Außerdem ist Hanf, z.B. durch Verbrennung der Biomasse zur Stromerzeugung, einsetzbar als regenerative Energiequelle. Auch zur Kraftstoffherstellung eignet sich Hanf.

Quelle: <http://de.wikipedia.org>

### Kontakt zur Linksjugend:

Geschäftsstelle DIE LINKE  
Marzahn-Hellersdorf  
**Henny-Porten-Straße 10-12**  
**12627 Berlin**

Internet: [www.linksjugend.org](http://www.linksjugend.org)  
E-Mail: [linksjugend@web.de](mailto:linksjugend@web.de)

## Veranstaltungen

» **2.4., 17 Uhr**, Kulturforum Hellersdorf, Carola-Neher-Straße 1, 12619 Berlin „Einer trage des anderen Last“ - Veranstaltungsreihe mit Petra Pau (MdB), Thema: Grundeinkommen für alle. Zu Gast: Prof. Götz Werner, Firmengründer und geschäftsführender Gesellschafter der dm-Drogeriemärkte

» **9.4., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Marzahner Gesellschaftspolitisches Forum, **Diskussionsabend** anlässlich des 25. Todestages von Anna Seghers zum Thema: Die Krise der jungen Frau Netty, Referentin: Prof. Dr. Sigrid Bock, Moderation: Dr. Wolfgang Girus. Eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahns im Verein „Helle Panke“, Eintritt: 1,50 Euro

» **16.4., 19 Uhr**, Hellersdorfer Promenade 26, **NEULAND – ein Film** über Aufbruch und Abbruch im Osten Deutschlands. Auf-führung und Diskussion mit dem Filmemacher Holger Lauinger und dem Bezirksstadtrat für ökologische Stadtentwicklung, Norbert Lüdtke. Moderation: Dr. Elke Herden, Quartiersmanagement Hellersdorfer Promenade (eine Veranstaltung der Alternativen Bibliothek)

» **23.4., 19 Uhr**, Aula, Friedrich-Schiller-Grundschule, An der Schule 13-17, 12623 Berlin, **Einwohnerversammlung Mahlsdorf**

» **18.5., 10.30 Uhr**, Kino „Kiste“, **Vorstellung des Buches** von Carl Amery „Hitler als Vorläufer“ und Gespräch mit Prof. Dr. Heinrich Fink (eine Veranstaltung der Alternativen Bibliothek)

## DIE LINKE mit Stand dabei

**3.5. beim Biesdorfer Blütenfest**

**4.5. beim Marzahner Frühlingsfest**

## Siegfrieds Frage

### Der „Tag der Arbeit“ sieht eher SCHWARZ als ROT ...

... nicht nur, weil er 2008 mit dem „Herrentag“ auf dasselbe Datum fällt.

Die Zahl der Demonstranten am 1. Mai wird sich in Grenzen halten - die der Alkoholisierten hoffentlich gleichfalls.

In Deutschland wird die Schwarzarbeit in allen (!) Branchen einschließlich der Industrie auf ein Gesamtvolumen 2007 zwischen 400 bis 600 Milliarden EUR geschätzt. Nichts Genaues weiß man nicht!

Auch nicht genau, wie viele Illegale allein aus Nicht-EU-Ländern in Deutschland schwarz beschäftigt werden. Schätzungen gehen von ca. 1 Million dieser Nicht-EU-„Sklaven“ aus und dass sie zum deutschen Bruttoinlandsprodukt (BIP) etwa 45 bis 55 Mrd. EUR beitragen.

#### Frage

Wie viele Sozialbeiträge und Steuern enthalten die dunklen Auftraggeber so unserem Gemeinwesen vor und wie vielen „regulären“ Arbeitsplätzen entspräche dieses Schwarzarbeitsvolumen?

R. Rüdiger

## Bezirksvorstand

» **8.4., 22.4.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

## Basisgruppensprecher-Beratungen

» **7.5.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55

» **7.5.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64

» **8.5.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzstr. 24/26

» **8.5.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

## Basistreffen

» **10.4.**, 19 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Thema : Richtungen und Strömungen in der Partei DIE LINKE

## IG / Freundeskreis

» 17.4., 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

» 24.4., 15 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**

## BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

## Sprechstunden

» **2.4., 15 - 16 Uhr, Petra Pau** (MdB), Vizepräsidentin des Bundestages, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, telefonische Anmeldung unter 99289380

» **9.4., 16.30 - 18 Uhr, Bärbel Holzheuer-Rothensteiner** (MdB), LINKER TREFF, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

» **21.4., 17 - 19 Uhr, Dr. Gabriele Hiller** (MdB), JAO, Nossener Straße 87, 12627 Berlin

» **28.4., 16 - 17 Uhr, Dr. Margrit Barth** (MdB), Kulturzentrum M-Ost, Mehrower Allee 28-30 (Ringkolonnaden), 12687 Berlin, telefonische Anmeldung unter 23252536

» **30.4., 19.30 Uhr, Wolfgang Brauer** (MdB), **Petra Wermke** (BVV-Vorsteherin), 19.30 Uhr, KieKIn, Rosenbecker Straße 25/27, 12689 Berlin

» **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

**Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12**  
(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

**Offen:** Montag 13 - 17 Uhr, Dienstag 9 - 17 Uhr,  
Donnerstag 9 - 19 Uhr, Freitag 9 - 15 Uhr

**Geschlossen:** Jeden Mittwoch und am 9.5.2008

#### Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

**Herausgeber:** DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

**Layout:** Yvette Rami

**Anschrift der Redaktion:** Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin,  
fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

**Internet:** www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

**E-Mail:** bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

**Redaktionsschluss:** 3.3.2008. Auslieferung ab: 5.3.2008. **Druck:** Eigen-druck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 7.5.2008 und am 4.6.2008.